

ULRICH
SCHNEIDER

KRISE

Das Versagen
einer Republik

WESTEND

W E S T E N D

Ulrich Schneider

KRISE

Das Versagen
einer Republik

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt
insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-86489-454-1

I. Auflage 2024

© Westend Verlag GmbH, Neu-Isenburg 2024

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Satz: Publikations Atelier, Weiterstadt

Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Regensburg

Printed in Germany

Inhalt

Worum es (mir) geht 7

Deutschland im Krisenmodus und eine Ampel auf Gelb 11

Des Scheiterns erster Teil:

Die GroKo und die Pandemie 11

Des Scheiterns zweiter Teil:

Ein Sondierungspapier mit Folgen 17

Des Scheiterns dritter Teil:

Klientelpolitik statt Krisenpolitik 20

Des Scheiterns vierter Teil:

Lindner und Scholz packen aus 26

Des Scheiterns fünfter Teil: Scholz packt wieder ein 30

Der verpasste Moment: Ein fehlender Appell 34

Ein Sommer zum Mäusemelken oder warum es so schwierig ist,
eine Bewegung zu bilden 37

Laues Lüftchen statt heißer Herbst 37

Von den Schwierigkeiten, eine Bewegung zu bilden 47

»Arme haben keine Lobby« ... 73

Lobby auf Kuschelkurs 73

Rituale und Verschleiß 75

Die vergessene Steuerpolitik 78

Machtlose Lobby 80

Pressearbeit – der Ausgang für Helden 82

Geld regiert die Welt 84

Von Parlamentariern, Beamten und Professoren 85

Über die Solidarität 91

Die Mär vom Eins--a-Sozialstaat 91

Die Mär von der solidarischen Gesellschaft 93

Die Mär vom solidarischen Steuersystem 95

Schulden statt Solidarität 97

Die Verbrämung des Teilens 100

Die Armen zahlen die Zeche 102

Solidarität, die ausgrenzt 104

Nur wer arbeitet, soll auch essen 108

Vorurteile und Widersprüche 113

Die Kampagne 115

Über Vorurteile 118

Ein verlorener Kulturkampf 122

Was nun? 127

Es geht um Gleichwürdigkeit 128

Mehr Gleichheit ist gut für alle 131

Wir wissen, was zu tun wäre 135

Das Bohren dicker Bretter – ein Plädoyer für die Aufklärung
und gegen neoliberale Denkschablonen 151

Anmerkungen 159

Worum es (mir) geht

Seit Februar 2020 befindet sich Deutschland im Krisenmodus und noch nie, dieser Superlativ ist keine Übertreibung, stand diese Gesellschaft so unter Druck wie in den letzten Jahren – wirtschaftlich, politisch, moralisch und sozial. Das Zusammentreffen von Coronapandemie, explodierenden Lebenshaltungskosten, einer Energiekrise und einem Krieg mitten in Europa dürfte die wohl größte Herausforderung und Bedrohung darstellen, vor der diese Republik je stand. Dazu und über all dem noch eine Klimakrise, in der es um nicht weniger als unsere Zukunft auf diesem Planeten geht.

Gesellschaften können in solchen Krisen zusammen- und über sich hinauswachsen. Sie können zu einem starken Wir-Gefühl und zu großer Solidarität finden. Sie können aber auch einfach daran zerbrechen. Es kommt auf die Verfassung an, in der sich eine Gesellschaft befindet, wenn die Krise sie einholt. Und auf die politischen Kräfteverhältnisse im Lande. Diese sind entscheidend für den Umgang mit der Krise und mit den Menschen.

Ziel eines jeden Krisenmanagements muss es naheliegenderweise sein, eine Gesellschaft zusammenzuhalten, zu verhindern, dass sie in der Krise immer weiter auseinanderfällt. Bei einer jeden krisenpolitischen Maßnahme ist die Frage zu stellen: Wie wirkt sie sich auf den sozialen Zusammenhalt aus? Die prächtigsten volkswirtschaftlichen Kennziffern nutzen gar nichts, wenn eine Gesellschaft als Ganzes nicht mitgenommen wird. Je mehr eine Gesellschaft zerfällt, umso mehr leidet ihre Resilienz. »Gleichere« Gesellschaften sind krisenresistenter, haben es leichter, Krisen zu überwinden (s. S. 131 ff.).

Das Wenigste, was von einem halbwegs guten Krisenmanagement erwartet werden kann, ist, dass eine Gesellschaft zumindest so konsistent aus der Krise herauskommt, wie sie hineingegangen ist. Das ist das Minimum. Minimum deshalb, weil in einer jeden Krise bekanntlich auch eine Chance steckt, die es zu nutzen gilt. Im Idealfall kann und sollte eine Gesellschaft sogar noch besser, noch geschlossener, noch stärker aus einer Krise hervorgehen.

Gemessen daran haben sowohl Große Koalition als auch Ampel eklatant versagt (s. S. 11 ff.). Sie haben nicht nur zugelassen, dass unser Gemeinwesen in diesen harten Zeiten weiter erodiert, sie haben mit ihrer Krisenpolitik noch selbst dazu beigetragen. Statt die Herausforderungen zu nutzen, um die Bevölkerung auf eine konsequent solidarische Politik einzuschwören und Solidarität von denjenigen, die es sich leisten können, als patriotische Pflicht einzufordern, wurde Partei- und Klientelpolitik as usual geboten. Das Ergebnis: eine Gesellschaft, noch gespaltener als vor der Krise, eine Gesellschaft, die auseinanderfällt.

Die Konsequenzen dieses Regierungsversagens reichen weit über das Soziale hinaus. Deutschland fliegt gerade nicht nur sozial auseinander. Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie oder Homophobie werden wieder offen ausgelebt. Toleranz bleibt auf der Strecke. Kräfte sammeln sich weit außerhalb des demokratischen Spektrums. Und in der AfD findet all das seinen parlamentarischen Arm. Es ist nicht alles nur auf die unsolidarische Krisenpolitik der letzten Jahre rückführbar. Dies zu unterstellen wäre zu einfach. Doch hat sie einen ganz wesentlichen Anteil: »Erst kommt das Fressen, dann die Moral«, heißt es in Bertold Brechts *Dreigroschenoper*. Wer den Menschen soziale Sicherheit nimmt, wer bei ihnen berechtigte Angst auslöst, nicht mehr mitgenommen zu werden und auf der Strecke zu bleiben, macht es rechtsradikalen Populisten extrem einfach, Menschen für sich zu gewinnen. Denn was haben sie schon zu verlieren (s. S. 91 ff.)? Der populäre Schauspieler und Autor Hape Kerkeling sprach im Herbst 2023 in der *Süddeutschen* davon, dass es in Deutschland nicht mehr erst

fünf vor zwölf sei. »Wir sind bereits mit dem Mittagessen durch, und der Tisch wird gerade abgeräumt.«¹ Da muss erst ein Komiker kommen, dachte ich mir, um das Offensichtliche auszusprechen. Deutschland *steht* nicht vor Herausforderungen. Deutschland *stand* vor Herausforderungen. Und hat versagt.

Die Schlüsselfragen zum Verständnis dieses Versagens sind: Weshalb tun wir uns in Deutschland so schwer mit einer solidarischen Politik? Weshalb sind wir nicht einmal in Krisenzeiten in der Lage, allen das zu geben, was sie brauchen? Dann, wenn doch für alle völlig offenkundig ist, dass mehr und mehr Menschen in bitteren Nöten sind und noch weit mehr soziale Existenzängste haben. Was ist los mit unserer Gesellschaft, mit unserer Politik, mit unserer Armutslobby? Und vor allem: Wie bekommen wir den Karren wieder aus dem Dreck? Wie soll es weitergehen, wenn es so nicht weitergehen kann und darf? Was müssen wir ändern? Denn ohne Änderungen geht es nicht. Für unser aller Gemeinwesen und unser aller Demokratie.

Deutschland im Krisenmodus und eine Ampel auf Gelb

Des Scheiterns erster Teil: Die GroKo und die Pandemie

Als das Coronavirus Anfang 2020 Deutschland erreichte, war das soziale Bindegewebe dieser Gesellschaft bereits in einer wenig widerstandsfähigen Verfassung. Die Pandemie traf auf eine tief gesplattene Gesellschaft. Einkommen, Vermögen und Lebensqualitäten waren äußerst ungleich verteilt. Die Armutsquote, der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung, betrug 15,9 Prozent, der höchste Wert seit der Vereinigung 1990.¹

Auf diese angeschlagene Gesellschaft trafen mit der Pandemie nun auch noch Produktionsengpässe und in der Folge ein dramatischer Absturz der Konjunktur. Um über elf Prozent sackte das Bruttoinlandsprodukt im Frühjahr 2020 gegenüber dem Vorjahr ein. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen schoss aus dem Stand von 2,3 auf 2,9 Millionen und trieb die Arbeitslosenquote auf 6,4 Prozent.²

Die Merkel-Regierung reagierte sehr schnell. Sie verhängte schon im März 2020 den ersten Lockdown. Sie spannte auch umgehend wirtschaftliche Schutzschirme auf. Zügig wurden noch im Frühjahr Zuschüsse für Soloselbstständige und Kleinbetriebe und steuerliche Liquiditätshilfen auf den Weg gebracht. Die Anzeigepflicht von Insolvenzen wurde ausgesetzt. Innerhalb weniger Tage wurde ein Maßnahmenbündel aus Zuschüssen, Garantien und staatlichen Beteiligungen an Wirtschaftskonzernen wie der Lufthansa mit einem gigantischen Volumen von über 750 Milliarden Euro durch den Bundestag geschleust.

Vor allem aber wurde sofort das Kurzarbeitergeld ausgeweitet. In der Spitze, im April, stieg die Zahl der kurzarbeitenden Beschäftigten auf fast sechs Millionen.³

Was die Kosten der Hilfsmaßnahmen anbelangte, zeigte sich die Große Koalition auch im Weiteren alles andere als kleinlich. Seit der Jahrtausendwende waren die Bürgerinnen und Bürger eigentlich daran gewöhnt worden, dass angeblich niemals genug Geld da wäre für Investitionen in notwendige Infrastruktur oder für Reformen vom BaföG bis zur Pflege. Nun schien Geld plötzlich überhaupt keine Rolle mehr zu spielen. Noch im Juni 2020 brachten CDU und SPD das mit 130 Milliarden Euro größte Konjunkturprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg – ein Mehrfaches von dem, was etwa zur Abfederung der internationalen Finanzkrise 2008/2009 bereitgestellt wurde. Darin fanden sich weitere Überbrückungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen. Auch wurde ein einmaliger Kindergeldbonus von 300 Euro beschlossen. Vor allem aber wurde, sehr überraschend, die Mehrwertsteuer bis zum Jahresende von 19 auf 16 beziehungsweise von 7 auf 5 Prozent abgesenkt. Dies allein ließen sich Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Scholz rund 20 Milliarden Euro kosten.

Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie trafen keinesfalls alle gleich. Der ganz überwiegende Teil der Bevölkerung, rund vier Fünftel, musste im ersten Coronajahr überhaupt keine finanziellen Einbußen hinnehmen: vorneweg Beamte, Ruheständler oder Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Das Fünftel mit echten Einbußen waren vor allem Erwerbstätige, die ohnehin bereits schlechter bezahlte Jobs hatten und die vielfach als Leiharbeiter oder aber als Soloselbstständige gerade so über die Runden kamen.⁴

Obwohl gerade die ärmeren Haushalte wirtschaftlich am meisten unter den Auswirkungen der Coronapandemie zu leiden hatten, blieben sie bei den Unterstützungsprogrammen fast komplett außen vor. Bundesregierung und Parlamentariern war durchaus bekannt, dass wegen der Pandemie Schulspeisungen ausblieben, Tafeln oder auch Sozialkaufhäuser ihre Leistungen erheblich ein-

schränken oder auch ganz schließen mussten. Ihnen war auch bekannt, dass Obdachlose kaum noch öffentliche Schutzräume und auch kaum noch Einnahmen durch Betteln oder das Sammeln von Pfandflaschen hatten. Ihnen war auch klar, dass Bezieher von Grundsicherung schlicht kein Geld für Masken und Desinfektionsmittel hatten und viele Familien kein Geld für Laptops, um ihre Kinder am digitalen Schulunterricht teilnehmen zu lassen. Doch es geschah: nichts.

Bereits im Mai 2020 hatte sich daher eine Gruppe von über dreißig Gewerkschaften und Sozialverbänden mit dem dringenden Appell an die Bundesregierung gewandt, bei all den Hilfsmaßnahmen die Armen nicht zu vergessen. Mit Blick auf deren erhöhte Lebenshaltungskosten forderten sie, Altersgrundsicherung, Hartz IV und auch die Leistungen für Asylbewerber als Sofortmaßnahme um 100 Euro monatlich zu erhöhen. Im Grunde war schon dies ein Zugeständnis der Verbände und der Versuch, der Politik entgegenzukommen. Die meisten Organisationen in diesem breiten Bündnis gingen eigentlich davon aus, dass die Sätze auch ganz ohne Corona um mindestens 200 Euro hätten erhöht werden müssen, um Armut zu verhindern. Doch war mit dieser Regierung nichts zu machen. Außer dem einmaligen Kindergeldbonus wurde den Ärmsten nicht ein einziger Cent an Coronahilfe zugestanden. Als die oppositionelle Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Mitte Mai einen Antrag auf 60 Euro mehr für arme Kinder und 100 Euro für Erwachsene in den Bundestag einbrachte, gab es nicht einen einzigen Abgeordneten oder eine einzige Abgeordnete bei Union und SPD, die dafür stimmte.

Aus SPD-Kreisen bekam man später hinter vorgehaltener Hand zu hören, man habe sich in den Verhandlungen im Mai und Juni ja durchaus nach Kräften eingesetzt. Wenigstens eine Einmalzahlung von 100 Euro habe man der Union abringen wollen. Doch sei sie nicht verhandlungsbereit gewesen. Nach außen kommunizieren wollte man das in der SPD allerdings auch nicht. Man müsse vermeiden, als Verlierer dazustehen, hieß es.

Ende Januar 2021 – ein ganzes langes Jahr nach Ausbruch der Pandemie – wurde dann doch endlich die erste Unterstützung für Menschen mit Bezügen aus Hartz IV und Altersgrundsicherung beschlossen. Nur glich sie eher einem schlechten Scherz. Sie bekamen Krankenkassen-Gutscheine für zehn (!) FFP-2-Masken.

Ein Jahr dauerte es auch, bis Arbeitsminister Hubertus Heil, getrieben durch das Thüringische Landessozialgericht, das einer klagenden Mutter recht gab, endlich die Jobcenter anwies, für Kinder in Familien, die von Hartz-IV-Unterstützung lebten, die Kosten für einen Laptop zu übernehmen, damit sie bei geschlossenen Schulen am Fernunterricht teilnehmen konnten.

Erst im Februar 2021, nachdem Gewerkschaften und Sozialverbände ihren Druck auf die Regierung noch einmal ganz gehörig erhöht hatten, verständigte man sich in der Koalition schließlich auf eine einmalige Zusatzzahlung von 150 Euro an Menschen in der Grundsicherung. Auch einen Kinderbonus von 150 Euro legte man noch einmal auf. Insgesamt ging es um Mehrausgaben von vielleicht 600 Millionen Euro, mehr nicht. Ein ganzes Jahr musste dafür gestritten werden, während Milliardenbeträge für Lufthansa, TUI und Co. praktisch über Nacht abgenickt wurden.⁵

Sei es, dass die Lebensrealität der Armen zu weit weg war von den politisch Mächtigen, dass es ihnen an der notwendigen Fantasie fehlte oder sie einfach nicht wollten: Im Ergebnis hatte die Bundesregierung trotz dieser gigantischen Summen, die da bewegt wurden, buchstäblich kaum etwas übrig für die Armen. Ihre alltägliche Not wurde genauso ignoriert wie die immer tiefere Spaltung dieser Gesellschaft.⁶

Die Pandemieschutzschilder wurden stattdessen ganz auf die Wirtschaft und ihre Erwerbstätigen, auf den Erhalt von Arbeitsplätzen ausgerichtet. Das hat enorm geholfen, um ökonomisch durch die Krise zu kommen. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkte es nicht. Ganz im Gegenteil: Die diversen Hilfspakete waren eher geeignet, die ohnehin gegebene soziale Spaltung noch zu vertiefen, wie die einschlägigen Wirtschaftsinstitute zu Recht kriti-

sierten.⁷ Die auf Nachfragestimulierung ausgerichteten Elemente des Konjunkturprogramms, sprich Kinderbonus und nach offizieller Lesart auch die Mehrwertsteuerabsenkung, trügen »tendenziell« dazu bei, dass sich die Einkommensschere zwischen denen, die durch die Coronakrise Einbußen hatten, und der übrigen Bevölkerung noch vergrößert, rüffelten die Institute.⁸ Sie wiesen auf den bemerkenswerten Umstand hin, dass wir es im Sommer des Rezessionsjahres 2020 immerhin mit einer Sparquote auf einem »historischen Hoch« von 21 Prozent zu tun hatten.⁹ Mit anderen Worten: Unsere Gut- und Besserverdienenden brauchten weder Kinderbonus noch eine Absenkung der Mehrwertsteuer, sie konnten sogar noch sparen.

Besonders die Mehrwertsteuererhöhung wurde von den Ökonomen zu Recht massiv kritisiert. Sie war die große Überraschung, als die Großkoalitionäre Anfang Juni nach zweitägigen Verhandlungen ihr 130-Milliarden-Paket präsentierten. Alle hatten eigentlich mit einer Autoabwrackprämie wie in der Finanzkrise 2009 gerechnet. Nachdem die Zahl der Neuzulassungen im April um über 60 Prozent eingebrochen war, hatten sich die Autolobby, Union und auch die Ministerpräsidenten der drei Autoländer Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen massiv dafür ins Zeug geworfen,¹⁰ scheiterten jedoch am Veto der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans. Nun sollte die abgesenkte Mehrwertsteuer den Autobauern helfen.

Im Ergebnis blieb die konjunkturstimulierende Wirkung der Mehrwertsteuerabsenkung weitestgehend aus. Ohnehin geplante Ausgaben wurden vorgezogen. Das war es dann aber auch schon.¹¹ Der bekannte Strohefeuereffekt.¹² Immer lauter wurde zu Recht die Frage gestellt, ob bei diesem »Wums«, wie Finanzminister Scholz sich ausdrückte, die Streueffekte nicht zu groß und zu teuer waren. Immerhin hatten 80 Prozent der Bevölkerung ja überhaupt keine Einkommenseinbußen. Wäre man angesichts dieser Tatsache nicht besser gefahren, die Mittel zielgerichtet einkommensschwachen Haushalten zukommen zu lassen, als auf allgemeine Steuersen-